

Niederschrift JHA/007/2011

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 10.02.2011

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
--------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Regine Greiner		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Marlies Holtel	FDP	Sachkundige Bürgerin
Herr Tim Köhler	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Frau Maria Schütz		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Nina Wienkamp		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

Vertreter:

Herr Johannes Lammers	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
-----------------------	-----	---------------------------------------

Herr Josef Niehues	CDU	Vertretung für Herrn Hermann-Josef Kohnen
Frau Iris Rieke	Alternative für Rheine	Vertretung für Herrn Thomas Rickert
Frau Waltraud Wunder	SPD	Vertretung für Herrn Achim Bietmann

beratende Mitglieder:

Herr Harald Klammann		Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Herr Bernhard Mersch		Ausschussmitglied f. Schulen
Frau Ulrike Paege		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Herr Ludger Schöpfer		Leiter des Jugendamtes

Vertreter:

Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Philipp Hülemeier
Frau Regina Schröer		Vertretung für Herrn Sebastian Reimann

Verwaltung:

Herr Axel Linke		Beigeordneter
Herr Ewald Piepel		Produktverantwortlicher
Herr Raimund Gausmann		Produktverantwortlicher
Herr Wolfgang Neumann		Produktverantwortlicher
Herr Hubert Lammerding		Jugendhilfeplaner
Herr Manfred Kösters		Schriftführer

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung am 9. Dez. 2010

0:03:10

Keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 9. Dez. 2010 gefassten Beschlüsse

0:03:20

Die Beschlüsse sind ausgeführt worden. Eine gesonderte Berichterstattung erfolgt nicht.

3. Informationen

0:03:45

Herr Linke stellt zunächst die Arbeits- und Projektplanung 2011 vor. Diese ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Danach verliest Herr Linke neben den schon mit der Einladung versandten Information folgende weitere Information:

Finanzierung der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle

In der letzten Sitzung war angefragt worden, ob der neue Beschluss im Kreisausschuss bzgl. der Finanzierung der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle Auswirkungen auf die Stadt Rheine habe.

Die Beschluss hat keine Auswirkungen auf den Vertrag, der zwischen der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle und der Stadt Rheine geschlossen wurde.

In diesem Vertrag verpflichtet sich der Träger, insgesamt 77 Stunden pro Woche an Beratungsressource zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Rheine hat sich im Gegenzug verpflichtet, eine Zuwendung in Höhe von 50% der Personal- und Sachkosten einer Vollzeitkraft zu gewähren. Diese Gewährung ist unabhängig von Leistungen Dritter, so dass eine eventuelle Reduzierung von Leistungen Dritter keine Auswirkungen auf die städtische Zuwendung hat.

Der Beschluss des Kreisausschusses hat im übrigen keine Auswirkungen auf die Höhe seines Zuschusses. Lediglich die Laufzeit seines aktuellen Vertrages mit der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle wurde auf 2 Jahre befristet.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

0:16:00

Frau Paege berichtet u.a. von der letzten Sitzung des Familienbeirates und erläutert die dort besprochenen Projekte „Schwimmkurse für ältere Kinder und Erwachsene“, „Kinder- und Familienstadtplan“ und „Lokale Bündnisse für Familien“.

5. Nachbenennung eines Mitgliedes für die Unterausschüsse "Jugendhilfeplanung/Jugendarbeit/Kindertageseinrichtungen" und "Kinderspielplätze" Vorlage: 039/11

0:19:15

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt bei der Besetzung der Unterausschüsse **Jugendhilfeplanung/Jugendarbeit/Kindertageseinrichtungen** und **Kinderspielplätze** folgende Änderungen:

1.) Unterausschuss Jugendhilfeplanung/ Jugendarbeit/ Kindertageseinrichtungen

Frau Iris Rieke wird persönliche Vertreterin für Herrn Thomas Rickert.

2.) Unterausschuss Kinderspielplätze

Frau Iris Rieke wird persönliche Vertreterin für Herrn Thomas Rickert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Bestätigung der Empfehlungsbeschlüsse des Unterausschusses "Kinderspielplätze" Niederschrift Nr. 2 der Sitzung am 31. Januar 2011 Vorlage: 073/11

0:20:15

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Herr Börger bittet zu prüfen, ob Herr Rickert in der Niederschrift nicht als stimmberechtigtes Mitglied hätte aufgeführt werden müssen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss erhebt die Empfehlungen des Unterausschusses „Kinderspielplätze“ analog der der Einladung beigefügten Niederschrift Nr. 2 der Sitzung am 31. Januar 2011 zu Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Sachstandsbericht zum Ausbau der U3-Plätze im Planungsgebiet Rheine links der Ems Vorlage: 076/11

0:22:10

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage und zeigt auf, dass voraussichtlichen Kosten für die geplanten Maßnahmen die Förderhöchstbeträge des Landes bei weitem übersteigen werden. Herr Piepel wird daher in der 7. Kalenderwoche einen Termin beim Landesjugendamt wahrnehmen, um diese Problematik zu verhandeln. Gegebenfalls werden auch noch Ortstermine mit dem Landesjugendamt zu vereinbaren sein.

Die Verwaltung möchte zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses Tendenzen herausarbeiten, um dann vor den Sommerferien zu Entscheidungen zu kommen.

Vorsorglich weist Herr Schöpfer daraufhin, dass im Haushalt nur Mittel für eine fünfprozentige Beteiligung der Stadt Rheine an der Regelförderung veranschlagt seien. Sollten darüber hinaus Mittel notwendig werden, müssten diese zusätzlich bereitgestellt werden.

Herr Lammers erkundigt sich nach den Aussagen im letzten Kapitel der Vorlage:

- Welche ersten Erkundigungen wurden eingeholt?
- Wie würde ein Grundstück kostenfrei zur Verfügung gestellt?
- Gibt es freie Träger, die bereit sind, gesetzliche Trägeranteile an den Betriebskosten aufzubringen?

Herr Schöpfer antwortet, dass man keine konkreten Verhandlungen mit Investoren geführt habe. Vielmehr habe man sich bei anderen Jugendhilfeträgern erkundigt, die vergleichbare Investorenmodelle in der Vergangenheit realisiert haben. Voraussetzung sei allerdings, dass ein erschlossenes Grundstück (z.B. über Erbpacht) zur Verfügung stehe. Darüber hinaus sei der Verwaltung aus einem anderen Jugendamtsbezirk bekannt, dass Freie Träger die gesetzlichen Trägeranteile erbringen.

Auf Nachfrage von Herrn Börger, ob die Stadtteilbeiräte in die Beratung miteinbezogen werden, teilt Herr Schöpfer mit, dass eine formale Beteiligung der Stadtteilbeiräte nicht vorgesehen sei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zum aktuellen Planungsstand zum Ausbau der Plätze für Kinder unter 3 Jahren im Planungsgebiet Rheine links der Ems zu Kenntnis.

**8. Schaffung von zwei Kindergartengruppen im Planungsgebiet Rheine rechts der Ems
-Gewährung von Zuwendungen
Vorlage: 075/11**

0:28:20

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2011, zur Schaffung von 2 zusätzlichen Gruppen im Planungsgebiet Rheine rechts der Ems folgendes:

1. **Die Kath. Kirchengemeinde Heilig Kreuz**, Bevergerner Straße 25, 48429 Rheine, erhält vorbehaltlich der noch durchzuführenden baufachlichen Prüfung zur Schaffung einer zusätzlichen Kindergartengruppe am Ludgerus-Kindergarten, Bergstraße 6, 48429 Rheine eine Zuwendung in Höhe von 50 % der anererkennungsfähigen Kosten. Die voraussichtlich anererkennungsfähigen Kosten betragen 63.216,66 €. Die Zuwendung beträgt damit max. 31.609,00 €.
2. **Der Kath. Kirchengemeinde Heilig Kreuz** wird zugesagt, dass die Stadt Rheine sich zu 50 % an den Rückbaukosten der Mobilien Raumsysteme nach Ablauf der Nutzungszeit beteiligt. Als Grundlage für die zukünftige Zuschussgewährung werden die geplanten Rückbaukosten mit insgesamt brutto 15.809,35 € veranschlagt.
3. **Der TV Jahn Rheine 1885 e.V.**, Germanenallee 4, 48429 Rheine erhält für die zeitlich befristete Unterbringung einer 4. Kindergartengruppe in den vereinseigenen Räumlichkeiten zur Anschaffung von notwendigen Einrichtungsgegenständen einen Zuschuss in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen, höchstens jedoch 5.223,15 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2011 - 2014, Fachbereich Jugend, Familie und Soziales, Produktgruppe Jugendamt
Vorlage: 049/11**

0:30:55

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage. Herr Linke weist darauf hin, dass die Anregungen der Bürger und Bürgerinnen zum Haushalt gesammelt in der Strategie- und Finanzkommission beraten werden.

Produkt 2101

Herr Lammers erläutert den vorliegenden Antrag der CDU und FDP-Fraktion, die Mittel für das Elternbegleitbuch iHv. 30.000 Euro bereitzustellen.

Frau Rieke regt an, das Elternbegleitbuch durch mit in das Buch aufgenommene Werbung finanzieren zu lassen. Die Stadt Lingen würde auf diese Weise ein kostenloses Elternbegleitbuch herausgeben.

Herr Börger stellt folgenden Antrag: In der Stadt Osnabrück hat das Beratungsbüro Richter ein Strategiekonzept zur Überwindung der Kinder- und Jugendarmut entwickelt. Dieses Konzept wurde unter anderem mit Mitteln der EU gefördert. Wir beantragen, ein solches Konzept auch für Rheine zu erstellen. Herr Richter hat gegenüber der Fraktion B 90 / Die Grünen erklärt, sein Büro sei in der Lage, ein solches Konzept auch für Rheine zu erstellen. Es könne hierbei auch auf Rahmendaten aus der Stadt Osnabrück zurückgegriffen werden. Die hierfür anzusetzenden Kosten halten sich mit 20.000 € nach unserer Auffassung in Grenzen und sollten über das Produkt 2211, Innovative Projekte finanziert werden. Dieses ist zwar kein Produkt des JHA. Wir halten aufgrund der Thematik eine Finanzierung aus diesem Produkt für vertretbar. Ein Angebot des Beratungsbüros Richter sollte diesbezüglich eingeholt werden.

Begründung: Armut von Kindern und Jugendlichen ist mehr als nur Mangel an Geld. Armut bedeutet, dass,

- sie in der Schule nicht erfolgreich sind
- ihre Berufschancen schlecht sind
- sie häufiger krank werden
- es schwer ist für diese Kinder Kleidung, Schulmaterial und Klassenfahrten zu bezahlen
- sie in ihrer Freizeit kaum an Sport- oder Kulturangeboten teilnehmen können
- 90% der Familientragödien sich in armen Familien ereignen
- Eltern ihren Kindern nicht die notwendigen Anreize und Anregungen geben, die gerade für die frühkindliche Entwicklung wichtig sind
- Kurz: Dass ihr Leben in Gefahr ist, durch eine Kette von verpassten Chancen und Misserfolgserlebnissen geprägt zu werden.

Die Fraktion B 90 / Die Grünen plädiert sehr dafür, diesen Weg zu beschreiten. Wir erhoffen uns aus diesem Strategiekonzept das Aufzeigen von Lösungswegen, die mittel- bis langfristig auch zur Senkung der Ausgaben für die Hilfe zur Erziehung führen. Die Entscheidung über das von CDU und FDP jetzt beantragte Elternbegleitbuch bitten wir zurückzustellen. Ob ein solches Elternbegleitbuch den gewünschten Effekt erzielt, soll im Rahmen des zu erstellenden Strategiekonzepts beantwortet werden. Es sei an dieser Stelle erinnert an die bis Mitte der 80er Jahre durch das Jugendamt versandten „Peter Pelikan Briefe“. Der Rat hat seinerzeit die Versendung dieser Elternbegleitbriefe eingestellt, da deren Effizienz in Frage gestellt wurde.

Nach einer kurzen Diskussion, in der die Art und Weise, diesen umfangreichen Antrag kurzfristig im Rahmen der Haushaltsplanberatung zur Entscheidung vor-

zulegen, kritisiert wird, wird dieser Antrag mit 9 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

In den weiteren Wortmeldungen zur Anregung, das Elternbegleitbuch werbefinanziert zur Verfügung zu stellen, wird darauf hingewiesen, dass die anfallenden Kosten zum größten Teil für die qualifizierte Verteilung entstehen werden. Im Übrigen hätte der Jugendhilfeausschuss in seinen Sitzungen im Jahre 2010 zweimal über die Form des Elternbegleitbuches beraten und entschieden.

Dem Antrag der CDU und FDP-Fraktion, die für das Elternbegleitbuch erforderlichen Mitteln iHv. 30.000 Euro zusätzlich bereitzustellen, wird dann bei einer Enthaltung einstimmig stattgegeben.

Der dazu notwendige Budgetausgleich ist gegeben, da der Sozialausschuss eine entsprechende Budgetverbesserung beschlossen habe.

Herr Fühner ergänzt die Beschlussfassung zum Elternbegleitbuch um die Information, dass der Migrationsbeauftragte der Stadt Rheine, Herr Hartmut Klein, angeregt habe, das Elternbegleitbuch in einem zweiten Schritt auch in anderen Sprachen (z.B. arabisch) auflegen zu lassen.

Herr Börger stellt einen weiteren Antrag: Konkret beantragt die Fraktion B 90 / Die Grünen für den Haushalt 2011 die Hilfen zur Erziehung außerhalb von Einrichtungen um 600.000€ zu kürzen und die Hilfen zur Erziehung innerhalb von Einrichtungen um 200.000€ zu kürzen. Wir schlagen folgende Maßnahmen vor: Die Hilfe außerhalb von Einrichtungen wird in der Regel über Fachleistungsstunden gesteuert. Wir wollen bei den Fachleistungsstunden eine Obergrenze von 50 € für 60 Minuten Arbeit direkt am Klienten umgesetzt sehen. Die Abrechnungen dieser geleisteten Stunden sind von der Klientin, vom Klienten gegenzuzeichnen. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden die Kontrollaufträge bei Kindeswohlgefährdung. Bei den Hilfen innerhalb von Einrichtungen sind auch die Vollzeitpflegen im Rahmen des § 33,2 enthalten. Diese Pflegeverhältnisse sind häufig über Träger organisiert, die ihre Tätigkeit pauschal mit dem Jugendamt abrechnen. Hier wollen wir die Pauschalfinanzierung ablösen durch die Erbringung von Fachleistungsstunden, deren Höhe im Hilfeplanprozess festgelegt wird. Hier soll auch nach dem oben beschriebenen Prinzip (60 Minuten direkt Kontakt mit der Pflegefamilie/ Gegenzeichnung der Abrechnung) gearbeitet werden. Weitere Einsparungsmöglichkeiten erhoffen wir uns über eine optimierte Steuerung. Hierzu werden wir im Stellenplan zwei weitere Stellen im ASD fordern. Überprüft werden soll auch, ob nicht durch neue Angebotsformen z. B. der Sozialen Gruppenarbeit andere, teure Hilfen, z.B. die Tagesgruppe, wegfallen kann.

Die Wortmeldungen zu diesem Antrag sind darin einig, dass dieser umfangreiche und so kurzfristig vorgelegte Antrag im Rahmen der Haushaltsplanberatung nicht entscheidungsfähig sei. Dieser Antrag wird mit 13 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Produkt 2102

Herr Börger stellt folgenden Antrag: Der Haushaltsansatz ist von 2010 auf 2011 um rund 2 Millionen auf rund 15,3 Millionen gestiegen. 800.000€ in diesem Ansatz entfallen auf das sogenannte Rheiner Modell. Hiervon profitieren die kirchli-

chen Träger der Kindertagesstätten. Wir sind der Meinung, dass auch die Kirche hier ihren Anteil an der Konsolidierung des städtischen Haushalts tragen sollte und schlagen eine Reduzierung des Ansatzes des Rheiner Modells um 300.000 € vor.

Dieser Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Produkt 2103

Hier besteht kein Beratungsbedarf.

Produkt 2104

Herr Börger stellt folgenden Antrag: Die Fraktion B 90 / Die Grünen beantragt den direkten Beginn von Gesprächen der Verwaltung mit dem Jugend- und Familiendienst. Die Verträge mit dem Jugend- und Familiendienst gehen zurück auf eine finanzielle Schieflage des Jugend- und Familiendienstes, die Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts bestand. Auch hier erwarten wir eine Überprüfung bezüglich der Wirksamkeit und des Bedarfs. Wir wollen eine deutliche Kürzung der Zahlungen erreichen. Die Zahlung sollte nicht die Zahlung des Zuschusses an die Familienbildungsstätte übersteigen. Wir erwarten einen Bericht über die Ergebnisse der Gespräche im Herbst 2011, damit die von uns erwarteten Einsparungen in den Haushalt 2012 eingeplant werden können.

Herr Timpe weist daraufhin, dass die Jugendverbände in diesem Jahr den Antrag einbringen werden, wo es generell um die Mitarbeit im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfeförderplan geht. Dort wäre der Antrag von Herrn Börger sicher richtiger.

Der Antrag von Herrn Börger wird mit 10 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Produkt 2105

Hier besteht kein Beratungsbedarf.

Abschließend wird dann über das gesamte Budget abgestimmt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs Jugend, Familie und Soziales Produktgruppe Jugendamt unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen im Produkt 2101 in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Beratung Stellenplan 2011 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produktgruppe Jugendamt
Vorlage: 045/11**

1:11:50

Herr Linke verweist auf die Vorlage.

Herr Börger stellt den Antrag: Um die Steuerung bei den Hilfen zur Erziehung zu optimieren, beantragt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die befristete zusätzliche Einstellung von 2 SozialarbeiterInnen im ASD.

Dieser Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den als Anlage 2 beigefügten Stellenplan des Fachbereiches Jugend, Familie und Soziales, Produktgruppe Jugendamt ohne Änderung in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

1:13:30

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

12. Anfragen und Anregungen

1:13:45

Anfragen/Anregungen werden nicht gestellt.